

Wie die Fortschrittskoalition den Rückschritt in der Geflüchtetenpolitik voranbringt

von Lasse Rebbin¹

Seit Jahren streitet die Europäische Union um das Themenfeld Migration. Immer wieder gab es Vorstöße, um die Verteilung von Geflüchteten zu regeln. Während Staaten mit insbesondere rechten Regierungen sich weigern, weitere Geflüchtete aufzunehmen, um diese human unterzubringen und zu versorgen, gibt es andere Länder, die durch das Dublin-System mit der Situation überfordert sind. Und dann gibt es noch Länder wie Deutschland, die sich in Notsituationen zwar bereit erklären zu helfen, aber sich ansonsten hinter ebendiesem Dublin-System verstecken. Alles in allem eine verzwickte Lage. Darunter leidet hauptsächlich eine Gruppe an Menschen: Die Geflüchteten! Sie sind es, die nach einer oft qualvollen Fluchterfahrung nicht ein offenes Europa vorfinden, welches sie Willkommen heißt, sondern Gewalt und Rassismus erleben. Pushbacks, Unterbringung in Lagern, Gewalt, Folter und Tote an den Europäischen Grenzen sind mittlerweile erschreckende Normalität geworden. Deshalb ist es grundsätzlich sinnvoll, dass Regierungen, die sich eine humane Geflüchtetenpolitik auf die Fahne geschrieben haben, einen Versuch unternehmen, diese Situation verbessern zu wollen. Zuletzt kündigte Bundesinnenministerin Nancy Faeser an, die Gemeinsame Europäische Asyl- und Migrationspolitik zu verbessern.

Nach zähen Verhandlungen verkündete sie voller Stolz, dass ein Durchbruch gelungen sei, der endlich zu einer fairen Verteilung und Aufnahme von Geflüchteten führen würde. Es lag eine Einigung der EU-Innenminister*innen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) vor. Der Tenor: Fortschritt durch die selbsternannte „Fortschrittskoalition“. Was Nancy Faeser

allerdings als einen Fortschritt verkaufen will, sind die härtesten Asylrechtseinschränkungen seit über 30 Jahren. „Rückschritt“ wäre hier das passendere Wort, denn die EU-Innenminister*innen wollen in Zukunft Asylrechtsverfahren für bestimmte Gruppen wie zum Beispiel Geflüchtete mit geringer Schutzquote an den EU-Außengrenzen durchführen. Wenn man dann fragt, was das denn in der Konsequenz bedeutet, hört man von der Bundesregierung so was wie „bessere und schnellere Verfahren“ oder auch eine „gerechtere Verteilung in Europa“. Seenotrettungsorganisationen, Menschenrechtsaktivist*innen, Anwalt*innen, Promis und diverse andere Politiker*innen sehen das aber anders. Sie reden völlig zurecht von Abschottung, von der Gefahr, dass wieder Lager unter schlimmsten Bedingungen entstehen und ein Andauern der Gewalt. Es wird davon ausgegangen, dass kein Asylverfahren schneller und fairer bearbeitet wird. Ganz im Gegenteil. All das, was also jetzt schon Realität ist und was progressive Kräfte und die Zivilgesellschaft seit Jahren versuchen zu bekämpfen, soll mal eben so rechtlich in Stein gegossen werden.

Eine der wenigen guten Nachrichten ist: All das ist noch nicht abschließend beschlossen. Die EU-Innenminister*innen haben die Position des Rates ausgehandelt, die jetzt mit dem Europäischen Parlament verhandelt wird. Hier wurde Widerstand angekündigt, der jetzt Unterstützung braucht. Die schlechte Nachricht: Die Vorschläge bleiben schlecht und mindestens die Ampel-Koalition verabschiedet sich von dem Ziel, 16 Jahre konservative Geflüchtetenpolitik à la Horst Seehofer endlich hinter sich zu lassen. Das schmerzt, denn im Koalitionsvertrag finden sich durchaus gute Ansätze. Was es jetzt viel mehr bräuchte, wäre ein starkes Bekenntnis zu einer humanen Geflüchtetenpolitik, das Ende der Kriminalisierung von Seenotrettungsor-

¹ Lasse Rebbin ist Politikwissenschaftler und Mitglied der spw-Redaktion, stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos und stellvertretender Bezirksvorsitzender der SPD Nord-Niedersachsen.

ganisationen und Schritte hin zu einer vernünftigen staatlichen Seenotrettung. Auch die Behörde Frontex, welche nachweislich für zahlreiche Pushbacks (mit)verantwortlich ist, gehört abgeschafft.

Fakt ist, dass wir in Zeiten des Umbruchs, der Krisen und Kriege leben. Die Klimakrise, Hungersnöte, globale Ausbeutung und Konflikte werden immer mehr Menschen zur

Flucht zwingen. Die Stärkung von abschtotenden Strukturen hilft da wenig. Damit wird Europa und auch wir als Deutschland den eigenen Ansprüchen nicht gerecht.

Kurzum: Deshalb gilt es jetzt umso mehr, laut gegen die aktuellen Vorschläge zur GEAS-Reform anzukämpfen und solidarisch zu sein. Mit Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen. ■



ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Metropol Verlag Berlin. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14 € zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de

www.arbeit-bewegung-geschichte.de • www.metropol-verlag.de